

26 Engere Zusammenarbeit zwischen China und der OECD

Der Generalsekretär der OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development), Donald Johnston, bewertete seinen China-Besuch Mitte September d.J. als sehr positiv. Aus Sicht Johnston sei die weitere Integration Chinas in die globale Wirtschaft im Interesse der 29 OECD-Mitgliedsstaaten. Johnston kündigte an, daß die OECD China bei der Evaluierung der Vorteile und Implikationen eines stärker liberalisierten Außenhandels für die Binnenwirtschaft sowie eines Investitionsführers für ausländische Direktinvestitionen unterstützen werde.

Darüber hinaus wollen die OECD und China einen regulären Dialog über makroökonomische Analyse und die Reform des Finanzsektors führen. (XNA, 15.9.99)

Die Ergebnisse eines derzeit laufenden Kooperationsprojektes zwischen der OECD und dem Staatlichen Statistikamt Chinas über Datenquellen und Berechnungsverfahren zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden voraussichtlich Anfang nächsten Jahres veröffentlicht. Das Projekt basiert auf einer dreijährigen Kooperation im Statistikbereich, bei der chinesische Beamte ausgebildet wurden, verlässliche Statistiken, Prognosen und Indikatoren zu erstellen.

Ausländische Beobachter sehen in der Kooperation mit der OECD im Statistikwesen die Möglichkeit für China, glaubwürdige Statistiken zu veröffentlichen. Außerdem sollen Konjunkturindikatoren erarbeitet werden, um aktuelle Entwicklungen in der chinesischen Wirtschaft besser einschätzen zu können. (SCMP, 10.9.99) -schü-

27 Chinas WTO-Beitritt - noch in diesem Jahr?

Die US-amerikanische Handelsdelegierte Charlene Barshefsky wies nach dem Zusammentreffen mit dem MOFTEC-Minister Shi Guangsheng Mitte September d.J. darauf hin, daß es für China noch möglich sei, in diesem Jahr WTO-Mitglied zu werden. Allerdings gebe es einen sehr starken Zeitdruck, wenn ein allseits aner-

kannter Beitragsvertrag ausgehandelt werden soll.

Die am Rande des APEC-Gipfels in Auckland geführten Gespräche zwischen China und den USA bezeichnete Barshefsky als konstruktiv. Shi Guangsheng und sie wollten nun gemeinsam noch offenstehende Probleme so bald wie möglich lösen. Auch nach Ansicht von Shi Guangsheng sollten die bilateralen Verhandlungen mit den USA so bald wie möglich abgeschlossen werden, um die Voraussetzung für eine Aufnahme Chinas in die WTO zu schaffen. Allerdings haben beide Seite in ihrem dreistündigen Gespräch, das ursprünglich auf lediglich 30 Minuten angesetzt worden war, keinen speziellen Zeitrahmen für das weitere Vorgehen festgelegt.

Aus Sicht von Barshefsky stellten die weitreichenden Zugeständnisse Chinas in den Bereichen Telekommunikation, Landwirtschaft und Dienstleistungen während des Besuchs von Ministerpräsident Zhu Rongji in den USA im April d.J. die Basis für die weiteren bilateralen WTO-Verhandlungen dar. Noch zu klärende Fragen betreffen Barshefsky zufolge den Banksektor, Wertpapiere, Textilien, bestimmte audiovisuelle Produkte und Fragen, wie mit Handelsstreitigkeiten umgegangen wird. (SCMP, 10.9.99)

Allerdings fallen China Zugeständnisse bei Textilien und bei der Öffnung des landwirtschaftlichen Sektors besonders schwer. Da die USA und andere Industrieländer ihre Landwirtschaft weiterhin subventionierten, ist es aus chinesischer Sicht nicht nachvollziehbar, warum gerade von China die Abschaffung von Agrarsubventionen verlangt würde. (SCMP, 15.9.99)

Bei seiner Rückkehr nach China erklärte Shi Guangsheng, daß es noch große Unterschiede in der Beurteilung der notwendigen Marktöffnung Chinas für einen WTO-Beitritt gebe. Er wies darauf hin, daß eine Reihe der von den USA im April veröffentlichten angeblich chinesischen Angebote zur Zollsenkung und Marktöffnung nicht den Zugeständnissen entspräche, die die Regierung in China zu machen bereit sei. Die veröffentlichte Liste mit den angeblich chinesischen Angeboten sei tatsächlich nur die Forderungsliste der USA, die diese einseitig veröffentlicht habe. Dies sei nicht die Basis der Ver-

handlungen. (FT, 17.9.99)

Selbst wenn in den bilateralen Verhandlungen zwischen den USA und China ein Kompromiß erreicht werden könnte, müßte dieser noch vom US-Kongreß genehmigt werden, der jedoch von den Republikanern dominiert wird. Ob dieser zustimmen wird, scheint mehr als fraglich zu sein. (SCMP, 18.9.99)

Hinsichtlich der Auswirkungen des WTO-Beitritts Chinas bestehen in den USA gemischte Erwartungen. Die US-Handelskommission erwartet, daß die Weizenexporte nach China um 21% und die Ausfuhren anderer Getreidesorten sogar um 34% zunehmen werden. Bei Baumwoll- und Pflanzenölexporten wird sogar damit gerechnet, daß diese um 68% steigen bzw. sich verdoppeln könnten. Auch bei anderen Exportgütern erwartet die US-Handelskommission positive Wirkungen, insbesondere bei Papier und Pulpe, Chemie, Gummi und Kunststoff, Transportausrüstungen (einschließlich Flugzeugen) sowie bei Maschinen und Anlagen. (NfA, 8.9.99)

Mit dem WTO-Beitritt ist nach Einschätzung der US International Trade Commission (ITC) jedoch auch eine Zunahme des chinesischen Handelsüberschusses verbunden. Eine Zollreduzierung Chinas würde die US-Exporte nach China um 10% bzw. um 2,7 Mrd. US\$ erhöhen, während die Importe aus China um 7% bzw. um 4,4 Mrd. US\$ zunehmen würden. (SCMP, 4.9.99) -schü-

Binnenwirtschaft

28 „Arbeitslosigkeit größte Herausforderung im 21. Jahrhundert“

In der Zeitschrift *Zhongguo Jingji Shibaobao* wurde Anfang September 1999 ein Interview mit Hu Angang (Chinese Academy for Social Sciences) veröffentlicht, der sowohl Fragen zur Inflation beantwortete als auch über das Thema der Arbeitslosigkeit sprach. Hu bezeichnete die „Flut der Arbeitslosen“ als weitaus gefährlicher

als die von Umweltproblemen ausgelösten Wasserfluten. Er plädierte dafür, der Arbeitslosigkeit mehr Aufmerksamkeit zu schenken als den Investitionen, den Privatsektor stärker zu fördern und den Dienstleistungssektor weiter zu öffnen.

Auf die Frage, was die größte Herausforderung für China im 21. Jahrhundert sei, antwortete Hu der Zeitschrift, daß er die Arbeitslosigkeit als das herausragende Problem betrachtet. Um seine Argumentation deutlich zu machen, führte Hu folgende Zusammenhänge auf.

Die Zahl der als arbeitslos registrierten Arbeitskräfte belief sich Hu zufolge im Jahre 1993 auf 4,2 Mio. Menschen, von denen der überwiegende Teil Jugendliche war. Bis 1997 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 4,7 Mio. Menschen, das war eine Zunahme um 36% gegenüber 1993. Davon waren 54% in die Arbeitslosenversicherung integriert. Das Volumen des Arbeitslosengeldes, das 1996 und 1997 ausgezahlt wurde, betrug 1,39 Mrd. Yuan bzw. 1,87 Mrd. Yuan; dies waren 1,75% und 2,03% der gesamten Ausgaben im Staatshaushalt. Insgesamt erhielten nur 56-60% der Arbeitslosen eine Zahlung aus dem Arbeitslosenfonds. Pro Person wurden jeden Monat 35-59 Yuan in den Jahren 1996 und 1997 ausgezahlt, dies war ein Anteil von 7-8% bzw. 9,1% der durchschnittlichen Löhne in den genannten zwei Jahren. Diese Zahlen weisen Hu Angang zufolge darauf hin, daß der Arbeitslosenfonds einen zu geringen Anteil an den Staatsausgaben hat, daß nach wie vor zu wenige in das Arbeitslosenversicherungssystem eingebunden sind und daß die Zahlungen aus dem Arbeitslosenfonds zu niedrig sind.

Hu ging außerdem auf die Situation der freigesetzten Arbeitskräfte (die nicht offiziell registriert wurden als arbeitslos) näher ein. So sei die Zahl der Freigesetzten von 3 Mio. im Jahre 1993 auf 8,92 Mio. im Jahre 1996 gestiegen und habe sich bis 1997 auf 15 Mio. weiter erhöht. (Hu Angang zählt in diese Berechnung offensichtlich die sogenannten xiagang-Arbeitskräfte ein, die zwar betriebsintern entlassen wurden, jedoch in der chinesischen Statistik nicht erscheinen, weil sie noch formal zum Un-

ternehmen zählen und von dort noch gewisse Leistungen beziehen.) Zwei Drittel der freigesetzten Arbeitskräfte kommen Hu zufolge aus den staats-eigenen Unternehmen, und es sei in den kommenden drei Jahren damit zu rechnen, daß weitere 10-15 Mio. Menschen zusätzlich freigesetzt würden. Nach Angaben von Hu Angang seien in einigen Provinzen besonders viel Arbeitskräfte entlassen worden, so beispielsweise in Liaoning (1,78 Mio.), in Heilongjiang (1,24 Mio.), in Hunan (0,9 Mio.) und in Hubei (0,87 Mio.). Allein in der Metropole Chongqing wurden 200.000 Arbeitskräfte freigesetzt und blieben arbeitslos.

Der Anteil der freigesetzten Arbeitskräften an den gesamten Arbeitskräften betrug 1996 rd. 8%, nahm bis 1997 auf 13% zu und stieg 1998 weiter auf 17-18%. Die höchsten Quoten wiesen Liaoning (22,4%), Hunan (21,3%), Jilin (20%), Jiangsu (19,9%), Heilongjiang (19%), Chongqing (18%), Tianjin (17%), Shaanxi (16%) und Hubei (16%) auf. Der Umfang der freigesetzten Arbeitskräfte konzentrierte sich damit auf bestimmte Regionen sowie auf bestimmte Branchen. Dazu zählen Forstwirtschaft, Kohleindustrie, Maschinenbau, Militärindustrie, Textilien, Metallurgie, etc.

Hu ging ebenfalls auf die Lebensbedingungen der freigesetzten Arbeitskräfte ein. Im nationalen Durchschnitt erhielten diese 77 Yuan monatlich im Jahre 1996 als Lebenshaltungskosten, dieser Betrag stieg bis 1997 auf 83 Yuan. Dieser Betrag stellte einen Anteil von 15% des durchschnittlichen Lohnes dar. Um zu überleben, müssen freigesetzte Arbeitskräfte demnach irgendwelche Nebenjobs machen, die allerdings keine sicheren Arbeitsplatz darstellen. Problematisch sei es Hu zufolge, daß der überwiegende Teil der freigesetzten Arbeitskräfte ehemals in den Staatsunternehmen beschäftigt waren und arbeitslos blieb. Nahezu die Hälfte der freigesetzten Arbeitskräfte, so Hu, sind auch als arbeitslos registriert. Vor dem Problem der Zunahme freigesetzter Arbeitskräfte aus den Staatsunternehmen, müßte Hu zufolge die Beschäftigungspolitik eine zentrale Rolle für die Regierungen auf allen Ebenen spielen. (SWB FE/D3635/CNSD 09.9.99)-schü-

29 Umfang der uneinbringlichen Kredite soll reduziert werden

Zentralbankpräsident Dai Xianglong kündigte in einem Interview Anfang September d.J. an, daß die vier führenden staatlichen Banken den Umfang der uneinbringlichen Kredite in Relation zu den Bankaktiva von derzeit rd. 25% im nächsten Jahr um die Hälfte reduzieren müßten; uneinbringliche Kredite in Höhe von 50-60 Mrd. Yuan müßten von den Banken abgeschrieben werden.

Dai wies in dem Interview allerdings darauf hin, daß die Sanierung der Banken längere Zeit in Anspruch nehmen würde. Wenn diese jedoch dann durchgeführt sei, würden keine politischen Hindernisse für eine Transformation der Banken in Aktiengesellschaften und eine Aufnahme von ausländischem Kapital über eine Börsennotierung mehr bestehen. Die finanziellen Zuschüsse des Finanzministeriums, die nun an die Auffanggesellschaften für uneinbringliche Kredite fließen würden, seien Dai zufolge die letzten Injektionen dieser Art, und die Banken seien anschließend einer strikten Kontrolle ihrer Kreditvergabepraxis unterworfen. Solche Bankmanager, die für Verluste der Banken verantwortlich seien, müßten zukünftig mit ihrer Entlassung rechnen. (FT, 13.9.9)

Die von den vier großen Staatsbanken gegründeten Vermögensverwaltungsgesellschaften (asset management companies) sollen die uneinbringlichen Kredite der Staatsunternehmen auffangen, in handelbare Wertpapiere umwandeln und verkaufen. Die China Cinda Asset Management Corp. wurde von der China Construction Bank vor kurzem gegründet und hat bereits ihre Tätigkeit aufgenommen. Im September d.J. hat die Bank die Schulden der Beijing Cement Company aufgekauft und die Mehrheitsbeteiligung übernommen. Nach Angaben der *Financial News* hat Cinda die Bildung einer Zement-Unternehmensgruppe eingeleitet. In der China United Cement Co. übernimmt Cinda die Finanzberatung hinsichtlich der Umstrukturierung der Vermögenswerte. (AWSJ, 2.9.99) Cinda soll außerdem die unein-

bringlichen Schulden der China Development Bank in Höhe von 100 Mrd. Yuan übernehmen. Dies sollen 10,29% der gesamten Kredite der Bank sein. (SCMP, 11.9.99)

Daß die Abwicklung uneinbringlicher Kredite nur die letzte Möglichkeit bei der Sanierung der Banken sein dürfte, darauf wies Xie Ping, Leiter der Forschungsabteilung bei der Zentralbank, vor kurzem hin. Dieser Weg gehe auf Kosten der Kreditgeber und habe sich bei der Schuldenumstrukturierung des stark verschuldeten Everbright Investment Trust als nicht zufriedenstellend erwiesen.

Nach Angaben von Xie Ping habe Everbright im Oktober 1996 fällige Schuldentrückzahlungen nicht ausführen können. Um einen Konkurs zu vermeiden, seien 5 Mrd. Yuan in handelbare Wertpapiere umgewandelt worden. In den folgenden drei Jahren habe das Unternehmen kaum Gewinne gemacht, und die Kreditgeber hätten hohe Verluste hinnehmen müssen. Xie Ping wies außerdem auf die mangelhaften rechtlichen Rahmenbedingungen und die besonderen sozialen Bedingungen hin, die die Reform der Banken erschwerten. So gäbe es keine Einlagensicherung, so daß keine Garantie für die Rückzahlung bestehen würde. Aus diesem Grund müßten oftmals die Regierung oder die Miteigentümer die Ansprüche der Kreditgeber befriedigen. Außerdem bestände keine rechtliche Basis für eine Rangordnung der Rückzahlung von Schulden, und ausländische Kreditgeber, private Einleger und inländische Rechtspersonen würden in unterschiedlicher Reihenfolge befriedigt werden. Xie beklagte auch, daß eine spezielle Rechtsprechung für Konkursverfahren von Finanzinstituten fehle. (SCMP, 10.9.99) -schü-

30 Höhere Gehälter für öffentliche Angestellte

Anfang September d.J. veröffentlichten die chinesischen Medien die Ankündigung der Regierung, die Gehälter und Pensionen sowie die Wohlfahrtszahlungen anzuheben. Ziel ist die Erhöhung der Einkünfte der städtischen Bevölkerung mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Die im September durchgeführte Erhöhung

wird rd. 84 Mio. Menschen betreffen und nach Angaben der *China Daily* rd. 54 Mrd. Yuan kosten.

Die staatlichen Leistungen an Arbeitslose und für die Sicherung des Mindestlebensstandards städtischer Einwohner werden um durchschnittlich 30% angehoben. Der Anstieg gilt rückwirkend zum 1. Juli d.J.

Für Angestellte im öffentlichen Dienst (Verwaltung, Schulen, etc.), in Staatsunternehmen sowie für die Rentner staatlicher Unternehmen wird der Anstieg je nach Position und Alter unterschiedlich ausfallen und im Durchschnitt zwischen 15-30% betragen. Das Finanzministerium forderte die lokalen Regierungsstellen dazu auf, die Anpassung der Einkommen bis zum 15.9.99 durchzuführen. Das Ministerium warnte davor, die Mittel für die Erhöhung der Einkommen für andere Zwecke zu verwenden und drohte erhebliche Strafen für solche Fälle an. (AWSJ, 7.9.99; XNA, 11.9.99)

Die Anhebung der Einkommen gerade der Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen soll einen Impuls für die Ausweitung der Nachfrage setzen. Trotz der seit mehr als 22 Monaten sinkenden Preise ist die inländische Konsumgüternachfrage weiterhin sehr schleppend und spiegelt die Befürchtung der Bevölkerung vor weiteren Entlassungen und Beschneidungen sozialer Leistungen wider. Um die Konjunktur über eine Erhöhung der Nachfrage anzukurbeln, wird nun auch eine 20%ige Steuer auf Zinseinkünfte erhoben. Gleichzeitig hat die Regierung über die Emission neuer Anleihen mit einem Volumen von rd. 60 Mrd. Yuan eine neue Konjunkturspritze gesetzt. Höhere Staatsausgaben für den Bau von Straßen, Energie- und anderen Infrastrukturprojekten sollen ebenfalls die Nachfrage und die Beschäftigung und damit letztlich auch die Konsumneigung fördern. (IHT, 16.9.99) -schü-

31 Wirkung des Konjunkturbelebungsprogramms umstritten

Auf die Kritik am staatlichen Programm zur Konjunkturbelebung antwortete der bekannte Ökonom Hu Angang bei der Akademie der Sozialwissenschaften in einem Interview mit der *Xinhua News Agency*. Aus Sicht Hus

stellen die Ausweitung der inländischen Nachfrage und die Bekämpfung der Deflation zwei wichtige wirtschaftliche Probleme dar, auf die sofort reagiert werden müßte. Die Erhöhung der Staatsausgaben durch Ausweitung der Staatsanleihen um 100 Mrd. Yuan im letzten Jahr sei Hu zufolge der erste Schritt zur Belebung der Konjunktur gewesen. Nach statistischen Angaben erhöhten die Staatsausgaben das Wirtschaftswachstum um zusätzlich 1,5%. Die Begebung der zusätzlichen Staatsanleihen werde voraussichtlich die Staatsverschuldung im Haushalt der Zentralregierung von 150 Mrd. Yuan auf 180 Mrd. Yuan ansteigen lassen. Da die Verschuldung nicht die international üblichen Warn Grenzen überschreite, könne sie deshalb als vertretbar akzeptiert werden.

Mit Bezug auf die Besteuerung der Spareinlagen wies Hu auf die Struktur der Ersparnisse in China hin. So belaufe sich das gesamte Sparvolumen auf rd. 6 Billionen Yuan, sei aber im wesentlichen konzentriert in den Händen der Bezieher sehr hoher Einkommen, die lediglich einen Anteil von 15-16% darstellten. Aus den Steuern auf Zinseinnahmen würden die Mindesteinkommen, Renten und Wohlfahrtsleistungen der Arbeitslosen staatlicher Unternehmen und sonstiger Bedürftiger in den Städten finanziert werden. Hu wies darauf hin, daß voraussichtlich die Zinseinkünfte der Familien mit niedrigem Einkommen von der Besteuerung ausgenommen würden.

Aus der Sicht Hu Angangs ist die Besteuerung der Zinseinkünfte eine Voraussetzung für die Reform des Steuersystems, das zukünftig auch die Einnahmen aus Versicherungen und Wertpapierspekulationen berücksichtigen sollte. Darüber hinaus sollen auch Steuern auf Erbschaften und Schenkungen erhoben werden. Indem die persönliche Einkommensteuer die wichtigste Einkommensart in China werde und bei der Umverteilung von Einkommen eine zentrale Rolle spielen wird, würde mehr Gerechtigkeit unter marktwirtschaftlichen Bedingungen hergestellt werden. (Xinhua News Agency, Beijing, in Chinese, 30.9.99, nach SWB FE/D 3633/CNS 070999) -schü-

SVR Hongkong

32 Positives Wirtschaftswachstum im 2. Quartal

Das Hongkonger Statistikamt (Census and Statistics Department of the Hong Kong Special Administrative Region) berichtet für das 2. Quartal 1999 von einer Umkehr der bisherigen negativen Wachstumsentwicklung. Im Vergleich zur Vorjahresperiode erhöhte sich im 2. Quartal das reale Wirtschaftswachstum um 0,7%. Wird das Wirtschaftswachstum saisonalen Veränderungs-faktoren angepaßt, dann ergibt sich eine Zuwachsrate von 3,1% gegenüber einem negativen Wachstum von 0,3% im 1. Quartal 1999.

Die Zunahme des Wirtschaftswachstums im 2. Quartal wird auf die Verbesserung der internen und externen Rahmenbedingungen zurückgeführt. So konnte bei den Exporten der Rückgang des Wachstums auf 0,2% reduziert werden. In den ersten drei Monaten hatte das negative Wachstum noch 4,8% betragen. (XNA, 22.9.99) Im August nahmen die Exporte Hongkongs um 4,4% zu; die Reexporte Hongkongs - Güter, die auf dem Festland produziert und über Hongkong exportiert werden - nahmen sogar um 6,7% zu. (FT, 29.9.99)

Nach Einschätzung der Hongkonger Regierung hat sich die Situation am Arbeitsmarkt stabilisiert. Allerdings lag die saisonal angepaßte Arbeitslosenquote in der Periode Juni bis August 1999 bei 6,1%, das waren 0,1% mehr als zwischen Mai und Juli d.J. Ursache für diese Entwicklung ist der Regierung zufolge die weiter durchgeführte Konsolidierung in Hongkonger Unternehmen, die bisher nur sehr zögerlich neue Arbeitskräfte einstellen würden. Vor diesem Hintergrund müsse zumindest für die nächste Zeit noch mit weiterhin relativ hohen Arbeitslosenquoten gerechnet werden. (XNA, 21.9.99)

Für das gesamte Jahr 1999 erwartet die Asian Development Bank (ADB) in ihrem Bericht *Asian Development Outlook* ein negatives Wachstum der Hongkonger Wirtschaft um 0,5% im

Vergleich zum Vorjahr. Für das Jahr 2000 rechnet die ADB mit einer Zunahme des Entwicklungstempos um 1,5%, etwas niedriger als die am Anfang des Jahres prognostizierten 2% für das Jahr 2000.

Als Begründung für das Herunterstufen des Wirtschaftswachstums gab die ADB an, daß sie mit einer weiteren Abschwächung der Rolle Hongkongs als Tor nach China rechnet. Da Festlandchina seine eigenen Handelsbeziehungen stetig ausweitere, gebe es weniger Möglichkeiten für Hongkong, als Mittelsmann für China-Geschäfte tätig zu sein. Weiterhin geht die ADB davon aus, daß sich das Wirtschaftswachstum in der VR China weiter verlangsamen wird, so daß aus dieser Richtung ebenfalls keine neuen Wachstumsimpulse für Hongkong kommen würden. (SCMP, 15.9.99) -schü-

33 Bildungsreform

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer grundlegenden Reform des Hongkonger Bildungssystems (vgl. dazu C.a., 1999/1, Ü 36) scheint sich allmählich immer mehr durchzusetzen. Dennoch gibt es beharrende Kräfte, die sich gegen radikale Reformen wenden und insbesondere an der Elitebildung, einschließlich des Klassifizierungssystems, festhalten wollen. Entsprechend kommt der Widerstand hauptsächlich von den Eliteschulen, deren Lehrern und Eltern, deren Kinder solche Schulen besuchen. Deshalb heißt es, daß die schwierigste Aufgabe der Bildungsreform nicht die Einführung der von der Bildungsbehörde vorgeschlagenen Reformen sei, sondern die Akzeptanz in der Öffentlichkeit durch radikales Umdenken zu erreichen (SCMP, 20.9.99).

Ausgangspunkt für eine radikale Bildungsreform ist die Auffassung, daß Hongkongs Bildungssystem, das auf dem UK Education Act von 1944 beruht, hoffnungslos veraltet sei. Dieser Meinung ist nicht nur die Hongkonger Regierung, sondern vor allem auch die Wirtschaft. Die Führungskräfte wie auch die Masse der Arbeitnehmer, die im 21. Jahrhundert benötigt würden, könne das gegenwärtige Schulsystem nicht ausbilden, heißt es. Ein auf die Heranbildung einer Elite

und allein auf Prüfungen ausgerichtetes Bildungswesen sei im neuen Jahrhundert nicht mehr kompatibel, in dem es angesichts der sich rasant entwickelnden Wirtschaft darauf ankomme, schnell veraltendes Wissen flexibel durch die Aneignung neuer Fähigkeiten zu ersetzen (SCMP, 23.9.99).

Es geht um die Einführung einer Qualitätsbildung auf allen Schulstufen. Dies bedeutet eine grundlegende Neuorientierung, nämlich die Abschaffung der bislang geltenden Grundlagen des Systems, wie z.B.

- Bewertung schulischer Leistungen allein aufgrund des Abschneidens in den Prüfungen
- prüfungsorientiertes Lernen, d.h. mechanisches Pauken von Faktenwissen
- keine oder geringe Chancen des Übergangs auf weiterführende Schulen für Verlierer bei den Prüfungen
- Klassifizierung aller Schulen nach ihrem Niveau
- Aufteilung in geistes- und naturwissenschaftliche Züge auf der Sekundarstufe II

Einem reformierten Schulsystem soll als neues Bildungsziel die umfassende Bildung der Schüler zugrunde liegen. Dies bedeutet, daß Schüler lernen sollen

- wie Wissen zu erlangen ist (nicht nur durch traditionellen Klassenunterricht, sondern mit Hilfe aller zur Verfügung stehenden technischen und elektronischen Mittel)
- kreativ, kritisch und verantwortungsvoll zu denken und zu analysieren
- wie das erworbene Wissen in der Praxis anzuwenden ist (Fähigkeit, Probleme zu lösen)
- interaktive Fähigkeiten, wie sie für Teamarbeit notwendig sind.

Die so definierten Bildungsziele erfordern von den Lehrern neue Unterrichtsmethoden und von den Schu-